

Ist Frankfurt fit fürs digitale Zeitalter?



Bild: nosmpils / photocase.de

Das Nachbarland Thüringen geht andere Wege.

Frankfurt sieht sich gerne als Internethauptstadt – immerhin befindet sich dort der größte Internetknoten Europas. Deshalb zu glauben, die Digitalisierung komme von alleine, könnte aber ein Trugschluss sein. Bundesweit ist ein Wettbewerb um die besten Startplätze für das Rennen ins digitale Zeitalter entbrannt. Schon heute verändert die Digitalisierung die Rahmenbedingungen für die Wirtschaft und das gesellschaftliche Zusammenleben in einem rasanten Tempo. Der bisherige Magistrat hat das Thema sehr spät auf die Tagesordnung gesetzt. Ein klares Konzept ist nicht ersichtlich. Ein Blick über die Stadtgrenzen hinaus z.B. ins nahe Thüringen könnte sich deshalb lohnen.

Thüringen hat die Digitalisierung konsequent als gesellschaftliche Aufgabe erkannt und als erstes Bundesland das Thema „Digitale Gesellschaft“ im Wirtschafts- und Wissenschaftsministerium verankert. Der Schwerpunkt liegt natürlich auf der digitalen Wirtschaft, doch ganz bewusst werden auch andere Lebensbereiche adressiert: Hochschulen und Forschung, Arbeitswelt, öffentliche Verwaltung, Kultur, Bildung. Es braucht eine ganzheitliche Strategie, die zum Beispiel auch finanzielle Anreize, Beratungsangebote oder eine Vernetzung von Anbietern und Nutzern digitaler Lösungen umfasst.

Damit dieser Weg konsequent gegangen werden kann, fordert Thüringen Nachbesserungen am Entwurf der Bundesregierung für ein neues Telemediengesetz. Das Gesetz regelt insbesondere die sog. „Störerhaftung“, die als Haupthindernis für den flächendeckenden Ausbau freier W-LAN-Netze in Deutschland gilt. Thüringen strebt die vollständige Aufhebung dieser Störerhaftung für W-LAN-Anbieter an. Zwar war das Wirtschaftsministerium mit dieser Initiative Anfang November im Bundesrat vorerst gescheitert. Der politische Diskussionsprozess zu diesem Thema wird aber fortgesetzt.

Mit dem Modellprojekt „Digitaler Bürgerhaushalt“ wollen wir erproben, wie Mitwirkung durch digitale Instrumente verbessert werden kann. Ein weiteres Beispiel ist die Entwicklung einer IT-Plattform für Flüchtlinge und Migranten, mit der wir digitale Optionen nutzen wollen, um die Integration zu verbessern. Mit dem neuen „Forum Digitale Wirtschaft“, dem als „Kernteam“ eine Reihe von Unternehmen der Thüringer IT-Branche angehört, wurde eine branchenübergreifende Plattform für Entwickler und Anwender von digitalen Lösungen und Systemen konzipiert. Sie soll den Informationsaustausch, Veranstaltungen und Kooperationsprojekte organisieren.

Natürlich besteht auch in Thüringen noch Bedarf, die Breitbandversorgung und damit den Zugang zum Internet weiter zu verbes-

sern. Dies gehen wir realistisch an: Bis zum Jahr 2020 soll Thüringen flächendeckend mit mindestens 30 Megabit pro Sekunde, wo nötig und möglich, auch mit weit höheren Bandbreiten versorgt sein. Insgesamt 40 Millionen Euro werden wir bis 2020 in den Breitbandausbau investieren. Mit Blick beispielsweise auf das produzierende Gewerbe bleibt es eine Aufgabe, die künftig notwendigen Breitbandanschlüsse mit Datenraten von weit über 100 Mbit/s sicherzustellen. Das wird nur über den konsequenten Ausbau von Glasfaserleitungen möglich sein, der in Thüringen Vorrang vor „Optimierungstechnologien“ wie dem Vectoring hat.

Thüringen ist auf dem Weg zu einem Digitalen Schaufenster Deutschlands. Der kleine Freistaat in der Mitte Deutschlands spiegelt mit seinen mittelgroßen, mittelständischen, teilweise ländlichen Strukturen dabei sehr gut jene Realität wider, in der sich die Digitalisierung letztlich beweisen und in der sie ihren Nutzen erweisen muss. Die Digitalisierung ist nirgendwo ein Selbstläufer; politischer Gestaltungswille und Tatkraft ist gefragt, um die Nase vorn zu behalten.

Autor: **Georg Maier**

Staatssekretär im Thüringer Ministerium für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitale Gesellschaft

Fünf Punkte für Gute Bildung in Frankfurt:

- 1. Investitionsstau stoppen** – Schulen sanieren und modernisieren
- 2. Schulen bauen** – Ein wohnortnaher Schulplatz an einer weiterführenden Schule
- 3. Flächendeckende Betreuungsgarantie** – Ausbau von ESB und Hortplätzen
- 4. Eigenständige Oberstufen** – Aufstieg durch Bildung gestalten
- 5. Inklusion richtig umsetzen** – Barrierefreiheit und personelle Doppelabdeckung in den Schulen



In Frankfurt geht was.

Westendbote

informativ kritisch sozialdemokratisch

Stadtteilzeitung seit 1976 – Herausgegeben vom SPD-Ortsverein Westend

Das Grundrecht auf bezahlbares Wohnen



Heute treibt viele Menschen, gerade auch im Westend, die Sorge um, bleibt meine Wohnung bezahlbar? Bezahlbarer Wohnraum ist, unserer Überzeugung nach, ein Grundrecht. Denn die Wohnung ist der Mittelpunkt des sozialen Lebens und der privaten Existenz. Bezahlbare und qualitativ gute Wohnungen sind ein grundlegendes Bedürfnis. Sie sind Lebens- und Rückzugsort und somit wichtige Bestandteile der Daseinsvorsorge.

Die entscheidende Frage ist jedoch, wie dieses Grundrecht verwirklicht werden kann, d.h. inwieweit im Rahmen unserer Wirtschaftsordnung die normativen Voraussetzungen geschaffen werden können, so dass das Grundrecht auf bezahlbaren Wohnraum Vorrang vor dem Interesse an einer Kapitalverwertung erhält. Dieses generelle Schutzbedürfnis des sozial Schwächeren ist jedoch nicht kodifiziert, so dass Gerichte in vielen Fällen das Recht auf angemessene Kapitalverwertung über das Recht auf bezahlbarem Wohnraum stellen. Da eine umfassende Mietrechtsreform, die die Priorität des Grundrechts zum Inhalt haben könnte,

derzeit nicht in Sicht ist, bleibt nur der Weg über einen Ring von Einzelgesetzen. Ein Anfang ist gemacht. So wurde ein Gesetz zur Mietpreisbremse und das Bestellerprinzip bei den Maklerkosten vom Bundestag beschlossen.

Reform des Mietspiegels

Ausstehend ist eine Reform des Mietspiegels, so muss die Ermittlung der ortsüblichen Vergleichsmiete auf eine breitere Basis gestellt werden.

Umlage der Modernisierungskosten reformieren

Auch die Umlage der Modernisierungskosten auf die Mieter muss dringend reformiert werden. Dazu muss die Umlage der Sanierungskosten in Höhe von 11 Prozent jährlich gesenkt und eine zeitliche Begrenzung eingeführt werden,

Wohnungsleerstand wirksam bekämpfen

Dringend erforderlich sind Maßnahmen zur Bekämpfung des Wohnungsleerstandes,

der Wohnraumzweckentfremdung und der Erlass eines Änderungsvorbehalts bei der Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen.

Die für die Überwachung von Leerstand und Zweckentfremdung zuständige Behörde muss mit ausreichend Personal ausgestattet werden.

Preiswerter Bauen

Wir begrüßen ausdrücklich die für 2016 beschlossene Erhöhung des Wohngeldes. Es ist jedoch auf Dauer sinnvoller preiswerten Wohnraum zu schaffen, statt steigende Mieten durch höhere Sozialleistungen bekämpfen zu müssen.

Mietpreisstopp

Wir unterstützen die Forderung unseres Oberbürgermeisters nach einem Mietpreisstopp für die Wohnungen der städtischen Wohnungsbaugesellschaften. Das gibt nicht nur den Mietern eine Atempause, sondern ist auch ein Signal in Richtung der Immobilienwirtschaft.

Kündigungsschutz verlängern

Wir fordern die Verlängerung des Kündigungsschutzes von 5 auf 10 Jahre bei Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen.

Wer bezahlbaren Wohnraum will, geht am 6. März zur Wahl und macht sein Kreuz bei Liste 2, SPD.

Autor: **Hermann-Josef Birk**
SPD-Ortsverein Westend

Wohnen im Westend – „Das besondere Leben“?



Bild: Peng CC BY-SA 3.0

Gastbeitrag der Aktionsgemeinschaft Westend (AGW)

Herr Cunitz, Planungsdezernent der Stadt, schreibt in der aktuellen Ausgabe (Winter 2015) von „Frankfurt Baut“: „Seit etwa 10 Jahren wird die gesamtstädtische Entwicklung durch das anhaltende starke Bevölkerungswachstum geprägt. In dieser Zeit ist die Einwohnerzahl um rund 75.000 auf über 710.000 gestiegen. In der Tat ist dieses Wachstum mit Risiken verbunden und einige davon sind bereits spürbar, etwa der deutliche Anstieg der Mieten und Immobilienpreise, der in den stark nachgefragten Stadtvierteln zu Verdrängungseffekten führen kann“.

Diese Verdrängungseffekte haben bereits stattgefunden, es ist kein vages Können – sondern ein Ist-Zustand, der vom schwarzgrünen Magistrat zu verantworten ist.

Bei der Lektüre dieses Heftes fällt auf, dass das Westend dort überhaupt nicht vorkommt. Der Prozess der sozialen Entmischung und Verdrängung findet hier schon seit langem statt, mit Wissen der politischen Verantwortlichen im Magistrat. Hier ein paar Beispiele zum Thema Mietervertreibung und soziale Entmischung:

- **Wöhlerstraße 22:** Hier wurden Ende 2013 die letzten zwei Mietparteien, darunter eine über 70-jährige Mieterin, zwei Wochen vor Weihnachten, zwangsgeräumt.

- **Rüsterstraße 15:** Ein Mietshaus für 14 Wohneinheiten. Die letzten Mieter, auch hier eine ältere Mieterin, zogen Anfang 2015 aus.
- **Rüsterstraße 13:** Abriss eines Bürogebäudes, 16 Neubau-Eigentumswohnungen entstehen.
- **Bockenheimer Landstraße 79 – 81:** 3 Mietshäuser wurden entmietet
- **Feldbergstraße 1:** Neubau von zwei Stadtvillen „Palais am Park“ mit Pool, Privatspielplatz, Tiefgarage, Stahltor (Gated community).

Mehr Beispiele, sind nachzulesen in der Broschüre: „Frau Lenke wohnt hier nicht mehr“ der AGW. Wer mit wachen Augen durch das Westend läuft, stellt eine rege Bautätigkeit fest. Da wird abgerissen, damit Luxuseigentumswohnungen entstehen, bzw. 50iger Jahre Häuser und lange leerstehende Bürogebäude in Luxuseigentum umgewandelt werden.

Die Investoren sind sehr kreativ was die Namensgebung dieser Wohngebäude angeht, wie z.B.

- **Onyx:** Der Büroturm in der Oberlindau sollte im Frühjahr 2015 fertig sein. Gebaut wird immer noch. Auch hier: Die teuerste Penthauswohnung mit Skylineblick (1,6 Millionen alter Preis) ansonsten inzwischen 18.000 € pro qm.

- **„Das besondere Leben“: Friedrichstraße 39,** welche eine Arroganz drückt sich hier aus. Hier wurde ein ästhetischer Bürobau, der sich mit seiner Traufhöhe in die Umgebung anpasste, abgerissen, vor 10 Jahren kernsaniert und umgebaut. Auch hier entstehen Eigentumswohnungen.

- **Gatsby:** „Leben wie es sein sollte“ auch hier ein 60iger Jahrebau mit 8 Mieteinheiten umgewandelt zu Luxuseigentumswohnungen. **Westendstraße 52.**

- **The Flagship: Liebigstraße 11:** So heißen sonst Shoppingcenter, hier entstehen Eigentumswohnungen bis 300 qm.

Trotz fehlender bezahlbarer Mietwohnungen zeigt sich seit langem im Westend: Es wird nur Luxuseigentum gebaut oder umgewandelt, für eine zahlungskräftige Klientel, bzw. es entsteht „Betongold“, gewohnt wird hier nicht. Hier wird Kapital angelegt, aber das besondere Leben findet hier nicht statt.

Darüberhinaus stehen etliche Gebäude seit vielen Jahren leer: Wöhlerstraße 2, Grüneburgweg (drei Häuser), Myliusstraße, Leerbachstraße 92, Hochhaus am Park.

Wie blind muß eine Stadtverwaltung sein, die zulässt, dass nur Luxuseigentumswohnungen entstehen, und sozial Bedürftige und die Mittelschicht hier verdrängt werden. Seit Jahren machen die diversen Bürgerinitiativen auf den Verdrängungsprozess aufmerksam. Die Situation wird noch verschärft durch die fehlenden, bezahlbaren Wohnmöglichkeiten für Studenten des Campus Westend und dem neu entstandenen Wohnungsbedarf für die Flüchtlinge.

Außerdem fordern die Initiativen ein Umwandlungsverbot von Miet- in Eigentumswohnungen und die Wiederbelebung der Wohnraumzweckentfremdungsverordnung.

Autorin: **Hilde Hess**
Aktionsgemeinschaft Westend

Wir brauchen eine koordinierte Flüchtlingspolitik



Bild: Maccaroni / photocase.de

Frankfurt wird gerne mit New York verglichen – wegen der Hochhäuser wird es Mainhattan genannt. Aber ebenso wie New York hat sich Frankfurt zu einem melting pot entwickelt – eine Stadt der Vielfalt und der Internationalität. Wahrscheinlich ist das einer der Gründe, weswegen bei der Ankunft der ersten Sonderzüge in Frankfurt am ersten September-Weekend so viele Frankfurterinnen und Frankfurter das freundliche Gesicht dieser weltoffenen Stadt gezeigt haben. Aber Frankfurt war auch vorbereitet. Spätestens, als die später als „Lampedusa-Flüchtlinge“ bezeichneten 22 Afrikaner, die im Herbst 2013 in der Gutleutkirche ein Notquartier erhielten, war allen in den sozialen Bereichen tötigen klar, dass es nicht bei 22 bleiben wird. Die AWO als Beispiel hat ein ehemaliges, nicht genutztes Schwesternwohnheim an einem seiner Pflegeeinrichtungen umgebaut zu einer Flüchtlingsunterkunft, das Giuseppe-Bruno-Haus. Dass die Menschen kommen werden, war klar – aber nicht klar war, wie viele.

Die Stadt Frankfurt hat – im Gegensatz zu anderen Städten – sehr gut reagiert und gemeinsam mit allen Trägern der sozialen Arbeit gehandelt. Es wurden Unterkünfte geschaffen, die Träger übernahmen die Betreuung und es funktionierte. Die von der AWO betreute Halle entwickelte sich dank großartiger haupt- und ehrenamtlicher Arbeit sehr gut. Das Zusammenspiel

von hauptamtlicher Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der AWO mit den ehrenamtlichen Helfern funktioniert sehr gut, zum Wohle der Bewohnerinnen und Bewohner der Einrichtung, die bis zu vier Wochen vor Ort sind, bevor sie weiter verteilt werden. Ferner hat die Stadt Frankfurt auf Initiative des Oberbürgermeisters Peter Feldmann beim Sozialdezernat eine Zentrale Koordinationsstelle geschaffen, die jetzt über die Dezernatsgrenzen hinweg agieren kann.

Die Städte, die örtlichen Organisationen und die Ehrenamtlichen dürfen nicht alleine gelassen werden. Vor allem kann es nicht auf Dauer möglich sein, über ehrenamtliche Hilfe das System aufrecht zu erhalten. Wir brauchen eine koordinierte Flüchtlingspolitik. Hier sind Bund und Länder gefragt. 2016 muss das Jahr der Integration werden. Dazu bedarf es auch, dass wir eine klare Integrationsstruktur erhalten. Hilfreich wäre es, wenn z.B. die Integration aus dem Bundeskanzleramt und aus dem Innenministerium herausgelöst werden in ein eigenes Integrationsministerium, um die Arbeit zu konzentrieren. Und es bedarf der notwendigen finanziellen Ausstattung. Die „schwarze Null“, die Bundesfinanzminister Schäuble propagiert, darf nicht dazu führen, dass notwendige Leistungen nicht erbracht werden – zu Lasten der Kommunen, zu Lasten der Wohlfahrtsverbände und zu Lasten der ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer.

Wir brauchen eine koordinierte Flüchtlings- und Integrationspolitik, die sich um die Folgen der Zuwanderung kümmert. Die Notaufnahmeeinrichtungen sind nur eine kurzfristige Unterbringung. Es bedarf eines neu aufzulegenden Wohnungsbauprogramms, das unter Berücksichtigung der Erkenntnisse guter Integrationsarbeit und zur Verhinderung von Segregation umgesetzt wird. Wir brauchen einen einheitlichen, staatlich organisierten Bildungsplan, um das wichtigste Mittel der Integration, der Spracherwerb, schnell und zielgerichtet umzusetzen. Dies funktioniert nur durch einen qualitativ hochwertigen Unterricht. Auch hier verlassen sich staatliche Organisationen zu sehr auf die Arbeit von Wohlfahrtsverbänden und ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern.

Wir brauchen eine koordinierte Flüchtlings- und Integrationspolitik, um die Arbeitsmarktintegration umzusetzen. Teilhabe am Arbeitsmarkt bietet die besten Chancen auf gesellschaftliche Teilhabe. Ein Arbeitsmarktprogramm, das sich insbesondere an geflüchtete Menschen wendet, wäre dabei ein guter Weg.

2016 wird ein Jahr der Herausforderungen – Herausforderungen, die wir bereit sind anzugehen und zu meistern.

Autor: **Ansgar Dittmar**
AWO-Kreisvorsitzender Frankfurt am Main